

Die langen Schatten der „Bodenreform“

- Zum 70. Jahrestag des Beginns von Verfolgung und Enteignung-

„Auf freier Scholle - Die Bodenreform als notwendiger und richtiger Weg...“ Das ist nicht etwa das Motto für ein uraltes SED-Propaganda-Flugblatt. Zur Einweihung eines Denkmals im Stile des sozialistischen Realismus in Kyritz am 02. September 1985 hätte man sich das gut denken können. Aber nein: Nicht nur zur 40jährigen Wiederkehr tönte die SED so, zur Verherrlichung des Beginns der sogenannten „Demokratischen Bodenreform“ in der sowjetischen Besatzungszone, der mit der Brandrede des stalinistischen KPD-Vorsitzenden Pieck im Kyritzer Hotel Adler begann. Vielmehr steht dieses Motto in einem Flyer, den die Stadt zu den drei Veranstaltungen 2015 heraus gibt, und in dem die Linkspartei neben der Stadt und nach dem ARE-Treffen (vorher am 29. August) zum 02. September 2015 zwecks Würdigung der „historischen Ereignisse im Nachkriegsherbst 1945“ einlädt.

Mancher traut seinen Augen nicht: 25 Jahre nach dem unrühmlichen Ende bemühen führende und einflussreiche Vertreter der in Brandenburg mitregierenden Linkspartei weiterhin die bekannten SED-Klischees und versuchen, das Geschehen von 1945 und danach schön zu reden, zu verharmlosen. Was wirklich während der großen Umwälzung ab 1945 geschah, wird ausgeblendet: die Existenznot der Vertriebenen, die ohne Vieh und Gerät auf nur wenigen Hektar Land – das sie übrigens auch noch bezahlen mussten - einen Neuanfang suchten, um sieben Jahre später schon in die Zwangskollektivierung gezwungen zu werden. Das war also die „freie Scholle“ für die SED.

Ausgeblendet werden auch seit 20 Jahren von den Rechtfertigern der „Boden- und Industriereform“ übrigens nicht nur von den SED-Nachfolgern in den jungen Ländern, die zum Himmel schreienden Verletzungen der Menschenrechte im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verkündung von Kyritz, den Verordnungen in den Ländern, den Parteibefehlen und Durchführungsmaßnahmen der sogen. „Bodenkommissionen“. Bis heute sucht man zumindest Worte des Bedauerns vergebens für die Verfolgung, Vertreibung, Inhaftierung und Ermordung Abertausender unschuldiger Landwirte und Bauern sowie anderer, die als politisch missliebig oder als potentielle Gegner angesehen wurden. Das äußerste, was zu hören war: es sei wohl auch schon mal während der „Bodenreform“ und deren Umsetzung „Unrecht passiert“ - nach dem Motto: wo gehobelt wird, da fallen Späne.-

Ein besonders trauriges Kapitel, wenig bekannt in weiten Bereichen der Öffentlichkeit, ist das Schicksal der Menschen in den zehn berüchtigten Speziallagern in der SBZ, in denen - häufig in direkter Fortsetzung der NS-KZ's neben Häftlingen, die wegen ihrer NSDAP-Vergangenheit, jedoch ohne Rechtsschutz hier gefangen gehalten wurden, unzählige „Bodenreform“-Opfer einsassen und zu Tausenden dabei zu Tode kamen.- Die Lagerberichte, z.B. vom Lager Fünfeichen bei Neubrandenburg, aus Ketschendorf, Mühlberg oder Bautzen sprechen eine hierzu ebenso düstere wie eindringliche Sprache. - Und es ist gut, dass seit einigen Jahren mit der Sammlung von Zeitzeugenberichten, Dokumenten und Chroniken die Erinnerung an die Einzelschicksale wach gehalten wird. Die politische Öffentlichkeit und gerade auch die evangelische Kirche sollte als Auftrag zum 70. Jahrestag offensiver die Aufarbeitung und Würdigung betreiben!

In den Zusammenhang mit dem Horror der Verfolgung von 1945 gehört, dass ab 1990 sich die Rechtsstaatlichkeit in die neuen Länder zu erstrecken hatte, das Grundgesetz einheitlich anzuwenden war, ebenso wie alle wichtigen Gesetze - mit dem Ziel der gebotenen Rechtsangleichung. Dies besonders zum Eigentumsschutz. Für das Beitrittsgebiet waren von vornherein viele Möglichkeiten zur Rehabilitierung der Verfolgten und einer Wiedergutmachung gegeben, die den Aufbau geradezu beflügelt hätte. Zu erwähnen vor allem das fortwirkende Unrecht des Eigentumsentzugs als Kernstück der bis heute weiter wirkenden gravierenden Defizite mit den Folgeschäden beim Aufbau Ost.- Der Einigungsvertrag selbst ist im wesentlichen Punkten bis heute nicht umgesetzt, zum Teil sogar konterkariert worden. Hierauf hat der Verfasser des maßgeblichen entscheidenden Entwurfs zum Einigungsvertrag, Günther Krause, noch kürzlich

eindringlich auf dem Potsdamer ARE- Kongress hingewiesen.

Wie sind heute vor dem Hintergrund des Gedenktages 2015 zeitgemäße Ziele und Aufgaben zu formulieren und mit Augenmaß so zu realisieren, dass dem so beschädigten und zunehmend bedrohten Rechtsstaat konkret zur Kurskorrektur verholfen wird?

Was in der Verantwortung im Sinne der Opfer der Diktatur ab 1945 vorrangig getan werden muss: Zunächst ist den seit einigen Jahren verstärkten Bestrebungen zur Verharmlosung und Verklärung der SED-Diktatur, verbunden mit geschickten Restaurations -Tendenzen, massiv entgegenzutreten. Sie kommen aus dem linksextremen, DDR-Alt-kader- und Nomenklatura-Spektrum und möchten sich - siehe Kyritz- Programm 2015- die neuen Länder, Schritt für Schritt, zur Beute machen. Brandenburg und Thüringen sind die deutlichen Vorbilder.

Weiterhin: Die „leeren Felder“ der Aufklärung und Aufarbeitung, insbesondere in Schulen und Bildungseinrichtungen sind aktiver als bisher zu bearbeiten. Dabei sind sie vielen neueren Forschungsergebnisse und Dokumente zu nutzen. Diese Arbeit muss notfalls verstärkt auch ohne staatliche Unterstützung laufen. Denn der Wille zur echten Aufklärung ist nicht überall zu spüren. Speziallager der SBZ: Erschreckend gering ist nach unserer Beobachtung die Kenntnis über das Geschehen in den Lagern, von der Nr.1 (Mühlberg) bis zur Nr. 10 (Torgau) ; Das Courtois-Schwarzbuch des Kommunismus spricht von 105 500 Gestorbenen, zutreffend für den SBZ-Bereich dürfte die Zahl von 90.000 bis 95.000 Toten sein. Grund genug, einige der Tabus der „Bodenreform“-Beschöniger nicht länger hinzunehmen und auch den Unbelehrbaren deutlicher zu widersprechen. Eine Aufarbeitung besonderer Art müsste jetzt durch rechtliche Verfolgung von Fällen geschaffen werden, die der Korrektur nachweislich falscher Entscheidungen der obersten Gerichte dienen. Hier sind juristisch- historische Forschung und Ermittlung bereits weit vorgestoßen und haben die Grundlagen für die Wiederaufnahme von Rehabilitierungsverfahren konkret geschaffen.

Die kommunistische „Bodenreform“ hat seinen von Stalin inspirierten Tätern kein Glück gebracht, sie hat im Gegenteil mit dem schnellen Übergang zur Zwangskollektivierung den Weg zum Mauerbau mit geebnet. Die DDR- Agrar-Strukturpolitik mit ihren Megabetrieben und deren teilweise nahtloser Übergang in die postkommunistische Zeit in den ländlichen Räumen der Ex-DDR hat die jungen Länder in eine Dauerkrise gestürzt, die nur durch ein gigantisches Beihilfensprich: Subventionssystem verdeckt werden konnte, das irgendwann gegen die Wand laufen wird. Spätestens dann, wenn die EU nicht mehr bereit, die Hälfte ihres Milliardenbudgets allein in eine Landwirtschaft ohne Zukunftsperspektive zu pumpen, in das sprichwörtliche Fass ohne Boden. Der Begriff der „Bodenreform“ mit seiner verfälschenden Sinnggebung, von der KPD/SED-Führung erfunden und sogar vom Bundesverfassungsgericht als Worthülse verwendet und schließlich in den Sprachgebrauch übernommen, wird vielleicht in den nächsten Jahren als „europäische Agrarreform“ wieder aufs Tapet kommen. Dies ist ein Blick in die Zukunftsperspektiven, letztlich aber doch eine Spätfolge der Umwälzung, die im September 1945 in Gang gesetzt wurde.

Das momentane Geschehen um Agrarland und die neuerlichen, durch die Vorgeschichte ausgelöste Veränderung großen Stils durch den Einstieg industrieller Investoren in den Boden könnte in absehbarer Zeit sich zu einer neuen, allerdings fragwürdigen Art einer „r Bodenreform entwickeln.- Manches spricht dafür, dass der „Fluch der bösen Tat“ von 1945 über die Erinnerung hinaus weiter seine langen Schatten werfen wird.

Manfred Graf v. Schwerin ist Bundesvorsitzender der Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum,